

# Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands  
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 800 Mark, unter Kreuzband 400 Mark  
Eingetragen in die Volkszeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Rehabilitations- und Expedition: Berlin S 27, Schilderstraße 6  
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Inserationspreis  
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgepaarte Nonpareilzeile 100 Mark,  
Gratulationen die Zeile 60 Mark, für Todesanzeigen die Zeile 40 Mark.

## Die falsche Rechnung.

(Vorgekäuftes Zuckerbrot für Arbeiter)

„Deutschland ist sehr stark passiv, weil es unproduktiv ist. Ich schätze Deutschlands Unproduktivität auf mindestens 200 Millionen Goldmark monatlich. Daraus entsteht zunächst die Frage, wie die deutsche Volkswirtschaft produktiv gestaltet werden könne. Wir müssen Abfall in der Welt erzielen. Wir können die deutsche Volkswirtschaft nur in Ordnung bringen, wenn wir in der Welt wieder Meistbegünstigung bekommen. Dies ist aber nur möglich, wenn man in Deutschland wieder Zustände herbeiführt, daß das Ausland wisse, das hier demnach wieder in Gold gelöhnt werden müsse, das heißt also, daß ein Dumping über ein vernünftiges Maß hinaus hier überhaupt nicht gemacht werden könne. Die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ist ganz große Ueberarbeit. Ich stehe nicht an zu erklären, daß nach meiner Ueberzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre lang, sicherlich zwei Stunden pro Tag werde mehr arbeiten müssen, um die Produktion so hoch zu bringen, daß es leben könne und noch etwas für die Reparationen erübrige. Die Meistbegünstigung auf der Welt müsse das deutsche Volk gegen den Arbeitswillen einhandeln. Dann erst ist die Voraussetzung geschaffen für stabilisierte Valuta und alles, was sonst noch nötig ist. Selbstverständlich werden wir dann unsere Bevölkerung in Gold lohnen müssen. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß Deutschland auf dem Weltmarkt wieder richtig zur Geltung kommen werde, ohne daß es in Gold lohne.“

Also sprach Stinnes im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat. In dieser Rede wird gegenüber der deutschen Arbeiterschaft mit Zuckerbrot und Peitsche gearbeitet. Goldlöhne und Mehrarbeit werden angeboten und gefordert. Wie falsch aber die wirtschaftlichen Zusammenhänge und damit auch die Schlussfolgerungen gesehen sind, ergeben nachfolgende Aufstellungen: Wir hatten 1913 einen gesamten Weltandel von 170 Goldmilliarden. 1921 war er um 1/3 verringert und betrug 120 Milliarden Goldmark. Die deutsche Ausfuhr betrug 1913 10,2 Milliarden Goldmark, 1921 ca. 4,5 Milliarden Goldmark. Die deutsche Ausfuhr ist demnach um mehr als 1/2 zurückgegangen. Wir hätten also, wenn wir im gleichen Maße wie früher in den Weltmarkt einbezogen gewesen wären, für gut 5 1/2 Milliarden Goldmark mehr auszuführen vermocht.

Welche Hauptgründe sind nun maßgebend, daß wir diese Ausfuhr nicht erreicht haben? Der Wichtigste und der Tag? Nein! Vielmehr war eine vom Kriege her gebliebene Abneigung gegen deutsche Waren in der Welt vorhanden, die insbesondere dadurch verstärkt wurde, daß in der Welt, hauptsächlich in Amerika, während des langen Krieges für den Ausfall der deutschen Waren eigene Industrien geschaffen worden waren.

Zweitens hatten wir in der Welt keine Meistbegünstigung und nicht mehr die Freiheit, für unsere Ausfuhr günstige Handelsverträge zu schließen.

Drittens mußten wir als unterpatularisches Land unter den Dumpingzöllen leiden, die insbesondere bei dem allgemeinen Niedergang der Weltproduktion, gegenüber der deutschen Industrie ausgerichtet wurden.

Viertens war aber auch die Marktentwertung bisher mit daran schuld, daß in Deutschland mit der Flucht aus der Welt in die Wäre sich ein Sicherungskonsum und damit eine Wüsterausfuhr entwickelte. Die Ursache der verminderten Ausfuhr ist von innen gesehen der Zerfall der Währung.

Dieser Zerfall ist aber derart fortgeschritten, daß er im Zusammenhang mit der sich ausbreitenden Kreditnot, dem verringerten Umsatz und der damit gegebenen Unrentabilität bereits zu Betriebsbeschränkungen im Inlande selbst führte. Obwohl die Inlandspreise vieler Waren bei einem Dollarstand von 8000 die Hälfte der Weltmarktpreise erreicht haben, kann die Ausfuhr trotzdem nicht mehr derart forciert werden, daß die durch diese Preishöhe schon erdrückte innere Kaufkraft und damit der verminderte Inlandsabsatz durch vermehrte Ausfuhr zu ersetzen wäre. Wir haben beispielsweise in der Schuhbranche heute bereits einen vierstündigen Arbeitstag. Wozu also hier noch Mehrarbeit? Soweit aber in anderen Branchen noch „Mehrarbeit“ einen erhöhten Warenlieferungsstand im Inlande gewähren könnte, würde sie nur dem Arbeiter wie dem Unternehmer zur größeren Gefahr werden, wenn — was ja auch Stinnes letzten Endes zu wollen vorgibt, allerdings erst dann, wenn die Arbeiter ihren „Arbeitswillen“ der Welt beweisen hätten — die „Stabilisierung“ kommt. Die Textilindustrie rechnet beispielsweise bereits heute mit einem Warkonsum von 1 bis 2 Jahren. Man kann sich aus diesem Beispiel ein Bild von der furchtbaren Arbeitslosigkeit machen, die über uns kommen wird, die aber um so furchtbarer werden muß, je später und auf je tieferem Stande der Markt die Stabilisierung kommt.

Die Parole der Mehrarbeit des Herrn Stinnes ist also eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung. Sie will von dem Grundproblem ablenken, welches gerade der Gesamtwirtschaft Rechnung trägt, von der Stützung der Währung. Sie ist eine Schuldüberwälzung über den Arbeiter. Sie trägt die Schuld für die Unproduktivität, sondern in der heutigen Situation diejenigen, die nicht gegen den Zerfall unserer Währung eintraten, sondern noch daran mithalfen. Unsinn ist es aber zu glauben, daß die Welt die Meistbegünstigung gegen den Arbeitswillen einhandeln wird. Stinnes müßte ein schlechter Geschäftsmann sein, wenn er wirklich an diesen Handel glaubt. Im Gegenteil! Die Welt würde sich noch mehr gegen die Invasion einer unterbezahlten deutschen Mehrarbeit wenden. Das Zuckerbrot der Goldlöhne stellt aber nichts anderes dar als die Stabilisierung des heutigen Lohnes. Dies kann aber auch nur einem Teil der Arbeiterschaft zugute kommen, weil ja die zunehmende Arbeitslosigkeit dieser „Kunstmaßnahme“ der Goldstabilisierung des Herrn Stinnes ein schnelles Ende bereiten würde. Herr Stinnes meint, daß seine „Wirtschaftscharlatanerie“ von den anderen Ländern nicht durchschaut werde. Geldlöhne gegen Meistbegünstigung heißt für diese in der heutigen Währungssituation trotz allem unterbezahlte Arbeitskraft und Dumpingmöglichkeit. Die Aufhebung der Meistbegünstigung muß aber von selbst kommen, wenn die Krise des Welthandels behoben werden soll. Dazu aber gibt nur eine deutsche Konkurrenz auf einer festen stabilisierten Wertgrundlage die Möglichkeit.

Stinnes will weiter am Zerfall der Währung profitieren. Sein Ruf nach Ueberarbeit entspringt der Hoffnung auf noch weiter verbilligte Arbeitskraft durch die kommende Arbeitslosigkeit. Für die Arbeiter ist es eine Lebensfrage, diese Forderung auf Ueberarbeit ganz entschieden abzulehnen, auch im Interesse der Industrie.

## Das deutsche Valutaproblem.

Keine Wirtschaft kann auf längere Zeit ohne einen festen, unveränderlichen Wertmaßstab, ohne ein stabiles Geld auskommen, ohne schwerste Schäden zu erleiden. Ein Metermaß aus Kautschuk, das — je wie man es dehnt — mal lang, mal kurz ist, ist kein Metermaß. Und ein Gewicht aus einem Schwamm, der — je nach seiner Trockenheit oder Feuchtigkeit — mal schwer, mal leichter ist, ist kein Gewicht. Ein Geld, das jeden Tag, und häufig sogar jede Stunde, einen anderen Wert hat, ist nur noch eine Geldfälschung, aber kein wirkliches Geld. Denn es ist kein zuverlässiger Wertmesser mehr. Der Begriff Geld als Zahlungsmittel im Güterverkehr erfordert unbedingt ein hohes Maß von Zuverlässigkeit und Wertbeständigkeit.

Das deutsche Geld ist kein wirkliches Geld mehr. Das Bedürfnis nach wirklichem Geld hat in der deutschen Wirtschaft dazu geführt, daß inländische Waren auf der Basis fremden, wertbeständigen Geldes, z. B. auf Dollarbasis, gekauft und verkauft werden. Die Finanzfachverständigen haben jüngst darüber geklagt, daß die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz nicht zuverlässig sei. In der Tat zeigt die Außenhandelsstatistik nur die Gewichtsmengen, nicht aber die Wertmengen des Handels richtig auf. Die Gewichtsmengen geben aber kein richtiges Bild vom Handel, weil Kohlen, Ziegelsteine, Rasiermesser, Stednadeln, Seidenstrümpfe usw. bei gleicher Gewichtsmenge ganz verschiedene Wertmengen darstellen. Die Wertmenge ist in Papiermark angegeben. Aber in welcher Papiermark? Am 10. November früh galten 6000 Papiermark einen Dollar und beim Börsenschluß am Mittag 8000. So hatte sich in drei Stunden der Wert der Mark verändert. Was kann man daraus erfahren, wenn der deutsche Außenhandel eines gewissen Zeitabschnittes hundert Milliarden Papiermark beträgt, wenn in dieser Zeit die Papiermark mal 1 Friedenspfennig, mal 0,08 oder 0,12 Pfennige beträgt?

Es ist wirklich ein Gebot von lebenswichtigem Ernst, die Papiermark zu stabilisieren und sie zu einem brauchbaren Wertmesser in der Wirtschaft zu machen.

Die internationalen Finanzfachverständigen haben einstimmig beglückwünscht, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Stabilisierung der Mark unmöglich ist. Darüber, welche Voraussetzungen für die Stabilisierung der Mark geschaffen werden müssen, sind bis jetzt recht mannigfaltige Ansichten ausgesprochen worden: die einen sagen, erst muß das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden, andere behaupten dagegen, daß erst, wenn die Mark stabilisiert sei, der Staatshaushalt ausbalanciert werden könne; wieder andere sagen, ein Leistungsausschub müsse von der Entente bewilligt werden, worauf die Franzosen antworten: erst Gleichgewicht des Haushalts, dann Moratorium. Wieder von anderen hört man: Mobilisierung des Reichsbankgoldes, innere Anleihen, äußere Anleihen, Steigerung der Produktion durch Mehrarbeit — — — und so weiter. Die einen betrachten die Frage der Marktstabilisierung als ein finanzpolitisches, andere als ein wirtschaftliches, andere als ein politisches (außen- und innenpolitisches) Problem. Was ist von all diesen Re-

zepten das richtige? Keines ist für sich allein richtig, sie sind aber alle miteinander zur Gesamtheit verbunden richtig.

Das deutsche Währungsproblem stellt einen Knäuel von gegenseitigen Abhängigkeiten dar, der nur von der Friedensvertragsseite her entwirrt werden kann.

Durch den Friedensvertrag ist Deutschland gestützt, wertvollster Quellen seines wirtschaftlichen Wohlstandes beraubt und in seiner Wirtschaftsautonomie gelähmt worden. Nur ein paar Zahlen. Durch den Friedensvertrag haben wir verloren:

Von der Gesamtbodenfläche	13,0	Proz
an Einwohnerzahl	8,0	„
an Ackerländereien	15,4	„
an Moorflächen nur	4,8	„
an Vieh	11,5	„
vom Kohlenbergbau	10,4	„
vom Eisenbergbau	74,5	„
vom Zinkbergbau	68,2	„
vom Bleibergbau	26,4	„
an Zinkhütten	60,2	„

Die folgenden Zahlen geben ein Bild deutscher Produktionsleistungen einst und jetzt:

	1913	1921
Steinkohlenförderung	190 109 400 To.	136 218 000 To.
Eisenerzförderung	28 607 900 „	6 361 600 „
Eisenergeinfuhr	14 000 000 „	4 300 000 „
Zementproduktion	8 500 000 „	4 000 000 „
Roggenernte	10 131 807 „	6 798 638 „
Weizenernte	4 043 084 „	2 933 820 „
Getreenernte	3 040 218 „	1 938 995 „
Viehschlachtungen	26 099 582 Stück	7 675 642 St.

Trotz der starken Minderleistung deutscher Wirtschaft, die hieraus kenntlich wird, und trotz der Erschöpfung unserer Wirtschaftreserven während des Krieges haben wir an die Entente bisher allein an Bar- und Sachleistungen 18,5 Milliarden Goldmark gezahlt. Um diesen Abfluß deutschen Vermögens leisten zu können, haben wir mit Hochdruck Papiergeld drucken und das deutsche Geld verwässern müssen. Die Folge war, daß zu dieser jeden Tag wässrigeren Papiermark das Ausland und auch das Inland kein Vertrauen mehr hatten. Die Flucht vor der Mark, das Warenhamstern, das Devisenhamstern, die Anzüge in fremden Werten, die stürmische Preisrevolution folgten. Durch die Preissteigerungen wurde in die Massen das Moment fortwährender Verunsicherung getragen, das seelische Gleichgewicht des Lohnempfängers wurde gestört und mit ihm die psychologische Voraussetzung für intensivste Arbeitsleistung. Im Stadium fortwährendem Schwankens der Gelbbewertung und Preisgestaltung wuchs uns das Spekulantentum und Schieberium über den Kopf. Die große Vermögensumschichtung und soziale Neugruppierung begann. Die Hinabsinkenden bildeten ein leichtes Refugiumsgelände für verzweifelte Putschisten. Der Kredit schrumpfte ein, weil Kreditgewährung Geldverlust wurde. Das Schieberkapital verminderte die normale Neubildung industriellen Kapitals. Dadurch verkehrte und veraltete unser Produktionsapparat und die technische Produktionsvermehrung. Verbesserungen der Industrie unterblieben mehr und mehr. Mit jedem Schritt, den wir tiefer in die wirtschaftliche Verarmung taten, wurden die Reparationskosten größer, sprang der Dollarfuß aufwärts, sank der Wert der Mark, wurde die politische Lage Deutschlands prekärer, wuchs der Abstand zwischen dem Ueberfluß weniger Reicher und dem Mangel der Massen, vermehrte sich das Heer der Valutaausländer, die für ein paar Lumpenpfennige von unserer Armut leben, wurde die Handelsbilanz passiver, fiel die Verschuldung Deutschlands, sank das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Zukunft, steigerte sich der Fatalismus gegenüber dem verhängnisvollen Niedergang Deutschlands im Innern.

Stinnes sagte im Reichswirtschaftsrat: Menschenfänger, man kann keinen Krieg verlieren und zwei Stunden weniger arbeiten. Er irrt sicherlich, wenn er der Meinung ist, daß uns zwei Stunden mehr Arbeitszeit aus der Not brächten. Man muß der Entente zuschreiben: Menschenfänger, man kann nicht ein Volk mit Gewalt bankrott machen und in Verzweiflung und Fatalismus stürzen und dann noch jeden Monat einen Berg Gold fordern.

Alle Versuche, uns mit finanzpolitischen oder rein wirtschaftspolitischen oder psychologischen Plänen aus der Patsche zu helfen und das Problem der Währungsstabilisierung für Deutschland zu lösen, können nicht gelingen, solange nicht der politische Druck und die Ausplünderung der deutschen Wirtschaft seitens der Entente aufhört. Das deutsche Währungsproblem ist mit allen Fasern im Verfall der Gewaltfrieden verknüpft. Der erste Schritt zur Stabilisierung der deutschen Mark muß die Revision dieses Vertrages oder wenigstens ein langfristiger Verzicht auf deutsche Leistungen sein.

Arbeitszeit und Arbeitsleistung.

Von Paul Herrh.

Die Unternehmer haben ihren Feldzug gegen den Achtstundentag eingeleitet. Ihre Forderung wird bei der Arbeiterschaft den stärksten Widerstand finden, da sie nicht nur den politischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse...

Wenn damit natürlich auch keineswegs gesagt sein soll, daß eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 7-8 Stunden die notwendige Erhöhung der Erzeugung der deutschen Wirtschaft bringen würde...

Es ist unbegreiflich, wie man an den Feststellungen vorbeizugehen kann, die seit Brentanos vorbildlicher Forderung über das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung Mitte der sebziger Jahre...

Wenn die Unternehmer gegenwärtig gegen den Achtstundentag mit besonderer Heftigkeit ankämpfen, so leitet sie dabei neben dem Bestreben, die Arbeiterklasse in die alte Abhängigkeit zurückzuwerfen, ihre Freizeit und Unabhängigkeit möglichst zu beschränken...

Bereits während des Krieges hat der Mangel an Rohstoffen die Produktionseinrichtungen gehindert. In derselben Richtung wirkte die Schwierigkeit der Beschaffung von Maschinen, Geräten usw. und die Sicherheit des Absatzes...

Vollständig ist das ein ungeheurer Nachteil. Denn da von allen Seiten, die die deutschen Unternehmer zur Herstellung ihrer Produkte gebrauchen, die Arbeitskraft den niedrigsten Preis aufweist, so sind die Unternehmer ungenügend stark daran interessiert...

In ungeheuren Umfang hat das dazu beigetragen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und auch der Landwirtschaft noch nicht wieder den Vorkriegsstand erreicht hat. Irrationale Betriebsführung, mangelhafte Anpassung der vorhandenen Maschinen...

Stünde nun diese Zusammenhänge zu verdeutlichen, so würden die Arbeiter und die ihnen willfährige Presse, daß die geringe Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eine Folge der geringen Leistungen der deutschen Arbeiterschaft ist...

Es wäre nun natürlich möglich gewesen, die Frage der Höhe der Arbeitsleistung der Arbeiter einwandfrei zu klären. Aber hier zeigt sich wieder einmal die alte Beobachtung, daß die amtliche Statistik alle möglichen Aufgaben erledigt, nur die nicht, die im Interesse der Arbeiterschaft entscheidend sind...

Aus dem zwar zerstreuten, aber doch bereits ziemlich umfangreichen Material, das beweist, daß verringerter Arbeitszeit die Leistung heute höher ist als vor dem Kriege...

Die Hamburger Münze hat bisher in der normalen Arbeitszeit von 8 Stunden ihren Anteil von 8,17 Prozent fertiggelassen können und, was ein sehr bemerkenswertes und seltenes Moment ist, sie hat mit ihren nicht vermehrten Arbeitskräften trotz der verringerten Arbeitszeit die Leistungen der früheren neunstündigen Arbeitszeit überschritten...

Noch bemerkenswerter ist eine Mitteilung in der Zeitschrift 'Wirtschaft und Statistik', die in einem Aufsatz über: 'Die deutsche Kohlenproduktion im Jahre 1921' berichtet.

Trotz beträchtlicher Verringerung der im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeitskräfte von 169 616 Mann im Dezember 1920 auf 158 168 im Dezember 1921 wurden in diesem Jahre etwa 11,4 Millionen Tonnen oder 10,2 Prozent mehr erzeugt als im Vorjahre...

Nun ist zwar aus diesen Angaben, die nicht erkennen lassen, ob während des Jahres doch eine größere Arbeiterzahl beschäftigt war, nicht ohne weiteres eine Mehrleistung des einzelnen Arbeiters erkennlich. Aber selbst, wenn man nur die Zahlen von Dezember 1920 denen vom Dezember 1921 gegenüberstellt...

Noch charakteristischer sind die Mitteilungen in der vom Reichsverkehrsministerium herausgegebenen Schrift: 'Zur Lage der Reichsbahn' über die Leistungen der so viel angefeindeten Werkstättenarbeiter. In der Schrift heißt es (S. 22):

'Die Angaben der einzelnen Werkstätten für diese Mehrleistungen sind sehr verschieden. Es darf im Mittel angenommen werden, daß der Umfang der Arbeit um 30 Prozent größer ist als im Frieden. Es folgt daraus, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters im Durchschnitt den Friedenswert erreicht, in einzelnen Abteilungen die Friedensleistung überholt hat.'

Alle diese Zeugnisse über die steigenden Leistungen der Arbeiterschaft sind um so wertvoller, weil die ungenügende Entlohnung, verbunden mit einer mangelhaften Ernährung und den Sorgen des Daseins, zweifellos die mögliche Steigerung der Arbeitsleistung hemmt. Wenn aber trotz der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die Arbeitsleistung im Friedensstand erreicht hat oder erreichen wird, dann besteht auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus keine Veranlassung für die Arbeiterschaft, an ihm rütteln zu lassen...

Wenn deshalb die deutsche Arbeiterschaft am Achtstundentag als einer kulturell und sozial hochbedeutenden Errungenschaft festhält, dann handelt sie nicht nur in ihrem eigenen Interesse. Der Achtstundentag ist notwendig im Interesse der Volkswirtschaft. Deren Wiedergesundung und Aufblühen bedingt als wichtigste Voraussetzung eine leistungsfähige und sozial hochstehende Arbeiterschaft.

Die Neuregelung der Lohnpfändung.

Durch Gesetz vom 26. Oktober 1922 ist eine Änderung der Verordnung über Lohnpfändung vom 25. Juni 1919 und deren letzte Änderung vom 23. Dezember 1921 vorgenommen. Die Unpfändbarkeit des Arbeitslohnes betrug bisher 12 000 Mark und ein Drittel des Mehrbetrages...

St der Schuldner ledig und hat auch keinem Angehörigen Unterhalt zu gewähren, dann sind 120 000 Mark und, soweit das Einkommen im Jahre diesen Betrag übersteigt, auch noch ein Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Wenn also der Jahresverdienst eines Arbeiters 150 000 Mark beträgt...

Nur der Schuldner oder für seine Ehefrau, geschiedene Frau, für einen Verwandten oder für ein uneheliches Kind zu sorgen, so erhöht sich das unpfändbare Drittel des Mehrbetrages für jede Person...

Die Erhöhung des pfandfreien Mehrbetrages von einem Sechstel für jede unterhaltspflichtige Person findet aber nur statt von einem Einkommen bis zu 360 000 Mark im Jahr. Soweit das Einkommen diesen Betrag übersteigt, darf von dem Betrag über 360 000 Mark das Sechstel nicht berechnet werden.

Beitragt das Einkommen eines Arbeiters, welcher eine Frau und ein erwerbsfähiges Kind hat, im Jahr 300 000 Mark, dann sind 120 000 Mark und ein Drittel von 180 000 Mark, das heißt 60 000 Mark, und zwei Sechstel von 180 000 Mark, das heißt 60 000 Mark, zusammen also 240 000 Mark der Pfändung nicht unterworfen...

Verdient aber ein Arbeiter statt 300 000 Mark 390 000 Mark im Jahr, dann würden 120 000 Mark und ein Drittel von 270 000 Mark, das heißt 90 000 Mark, und zwei Sechstel von 270 000 Mark, das heißt 135 000 Mark, mithin 255 000 Mark der Pfändung nicht unterliegen.

Wenn man sich die Familienverhältnisse, dann ändert sich der unpfändbare Teil automatisch.

Eine Ausnahmestellung als Gläubiger nehmen die Verwandten ein, zu deren Unterhalt der Schuldner gesetzlich verpflichtet ist. Diese Gläubiger können und dürfen pfänden, allerdings nur Beträge, soweit dieselben nach Erhebung der Klage und für das letzte Vierteljahr vor Erhebung der Klage fällig waren.

Die angeführten Veränderungen treten mit dem 4. November 1922 in Kraft.

Aus Ostpreußen.

Königsberg. Die ostpreussischen Brauereien, insbesondere die Königsberger, haben sich in letzter Zeit nicht nur die arbeitereindlichen Bestrebungen des Ostpreussischen Arbeitgeberverbandes zu eigen gemacht, sondern sie füllen sich auch den rückwärtigen Ansichten des Syndikus des Deutschen Brauerbundes, Dr. Schmidt, in jeder Weise. Die Ratschläge, die Dr. Schmidt in einem Rundschreiben an seine Mitglieder herausgegeben hat...

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das unbefugte Fernbleiben von der Arbeit an Tagen, welche nicht gesetzlich als Feiertage erklärt sind, dem Arbeitgeber einen Grund zur fristlosen Entlassung der von der Arbeit Ferngebliebenen auf Grund des § 123 Ziffer 3 Gewerbeordnung gibt.

Aber die Scharfmachereien des Dr. Schmidt gehen noch weiter. Dr. Schmidt schreibt sogar nicht davor zurück, seine Mitglieder anzufeuern, die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zu sabotieren, wie aus folgendem Protokoll hervorgeht:

Zu Punkt 2 der Tagesordnung gibt der Referent, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, einen Überblick über die Rechtslage und über die Erfahrungen, die im Braugewerbe mit der Arbeitsfreudung gemacht sind. (Bgl. Rundschreiben der T. A. Nr. 25 vom 25. Mai 1921.) Da voraussichtlich die Frage der Arbeitsfreudung in nächster Zeit in den Brauereien praktisch werden wird, ist es wichtig, zu beachten, daß für die Entscheidung, ob eine solche stattfinden soll oder nicht, einzig und allein der Arbeitgeber maßgebend ist. Der Arbeiterschaft oder ihren Organen steht kein Widerspruchsrecht dagegen zu...

Auch Vorstehenden hat die Betriebsleitung der Brauerei Bonarth ohne weiteres ein williges Ohr geschenkt und die Arbeitszeit ohne Befragen des Betriebsrates eigenmächtig gestreckt, indem sie Sonnabends nachmittags den Betrieb einfach schließt. Der Schlichtungsausschuss wird in den nächsten Tagen über diese Frage entscheiden.

Gegen solche scharfmacherischen Pläne können sich unsere Kollegen in den ostpreussischen Brauereien nur dann mit Erfolg schützen, wenn sie ihre Organisation hochhalten und nicht durch persönliche Gehässigkeiten und Jänkereien sich entzweien. Die gegenwärtige Zeit erfordert mehr denn je den Zusammenhalt aller Kollegen. Dieses müßte den Kollegen vorstehendes zeigen.

Die Ostpreussische Arbeitgeber-Schutzverband in Lilsit hat mit Schreiben vom 24. Oktober d. J. die Tarifverträge der Lilsiter Brauereien und Mühlen gekündigt. Der Zweck der Kündigung ist ersichtlich. Waren doch die Tarifverträge der Lilsiter Mühlen und Brauereien die günstigsten aller in Ostpreußen abgeschlossenen Tarifverträge in bezug auf Urlaub, Entschädigung in Krankheitsfällen, Haustrom usw. Scheinbar steckt hinter diesen Maßnahmen auch der Ostpreussische Arbeitgeberverband von Königsberg, dem es seit langem nicht gefällt, daß die seitens unserer Organisation mit den ostpreussischen Brauereien und Mühlen abgeschlossenen Verträge günstigere Bedingungen aufweisen, als solche für andere Industrien durch Tarifverträge festgelegt sind.

Wir haben zunächst gegen die Kündigung der Verträge beim Arbeiterschutzbund Lilsit Einspruch erhoben, und zwar deshalb, weil die Kündigung tarifmäßig zu einem unzulässigen Termin erfolgt ist. Der Tarifvertrag der Lilsiter Brauereien kann nur zum 1. Juni 1923, der der Mühlen zum 1. Juli 1923 gekündigt werden. Zunächst ist also die Kündigung aufgehoben worden. Die Kollegen können sich aber nun gefaßt machen, daß der Arbeiterschutzbund von seinem Ziele nicht ablassen wird und die Kündigung dann ausprechen wird. Mögen sich die Kollegen in Lilsit schon heute darauf vorbereiten, daß es gilt, Verschlechterungen für die Zukunft abzuwehren. Die Voraussetzungen zur Abwehrung zu schaffen, dafür werden die Lilsiter Kollegen Sorge tragen. B. Ritlich.



